

FRANKREICH

Forderungen der „Kreislauftechniker“

In Frankreich gibt es etwa 300 Krankenpfleger und Hilfskräfte, die als „Kreislauftechniker“ arbeiten, zum Beispiel beim Bedienen der künstlichen Nieren und (bei chirurgischen Eingriffen) der Herz-Lungen-Maschinen. Wie der Präsident ihrer Vereinigung Ende Juni 1973 in Marseille erklärt hat, verlangen sie noch vor Jahresende ein Statut und die Anerkennung als eigenen Beruf. Andernfalls wollen sie Maßnahmen ergreifen, um ihren schon seit 1969 gestellten Forderungen Nachdruck zu verleihen. gn

UNGARN

Freiwillige Infarktvorsorge

Aus eigener Initiative haben sich die Ärzte in den Ambulatorien der ungarischen Hauptstadt entschlossen, besondere Untersuchungen aller Patienten, die älter als 40 Jahre sind, durchzuführen. Bei dieser Aktion sollen alle Risikofaktoren festgestellt werden, die zu einem Herzinfarkt führen können. olh

POLEN

Polizei klärt Raucher auf

Die Polizisten in Warschau haben eine zusätzliche Aufgabe: einen Wagen, dessen Fahrer raucht, können sie stoppen; es folgt zwar – vorläufig –, keine Strafe, aber eine Aufklärung über die Gefahren des Rauchens muß sich der Sünder anhören. olh

UdSSR

Lernt die Arbeit lieben!

Da bei den letzten Semesterprüfungen vor den Sommerferien zehn Prozent aller Studenten unbefriedigende Noten erhalten haben, ver-

langt der zuständige Bildungsminister Jeljutin eine „weitere Verbesserung des Lernprozesses“. Nicht nur die Studierenden, sondern auch die Lehrkräfte sollen mehr leisten; besonders die „Erziehung zur Arbeit“ und die „Erweckung der Liebe zur Arbeit“ sollen verstärkt werden. olh

AUS ALLER WELT

AUSTRALIEN

Ärzte gegen staatliche Honorarempfehlung

Ein Konflikt bahnt sich an zwischen der australischen Regierung und der zentralen Organisation der Ärzte, der Australian Medical Association: Die im Frühjahr ins Amt gekommene Labour-Regierung will bereits bevor sie ihren Plan verwirklicht, eine umfassende Krankenversicherung für alle Australier einzuführen, schon die ärztlichen Honorare „in den Griff bekommen“. Sozialminister Hayden hat eine Dreierkommission damit beauftragt, eine Gebührenliste aufzustellen, deren Anwendung den Ärzten empfohlen werden soll; die Rückerstattung für sozialversicherte Patienten würde sich dann nach dieser Honorarempfehlung richten.

Die Einführung einer verbindlichen staatlichen Gebührenordnung ist selbst für die Labour-Regierung nicht so ohne weiteres möglich. Dazu wäre eine Verfassungsänderung erforderlich, die in einer Volksabstimmung angenommen werden müßte. Bisher waren die Ärzte in der Theorie vollständig frei, ihre Honorare festzusetzen. Praktisch behalf man sich damit, daß die Australian Medical Association in gewissen Zeitabständen eine Liste der üblichen Honorare („most common fees“) herausgab, die den Charakter einer Honorarempfehlung hatte. Diese Liste war auch Anhalt für die Rückerstattung von Arzthonoraren an Patienten, die von Krankenkassen oder aus ande-

ren öffentlichen Quellen versorgt wurden. Diese ärztliche Liste soll nun durch eine staatliche Empfehlung ersetzt werden.

Die Australian Medical Association erklärte sofort, sie würde die Kommission boykottieren; der Präsident des Verbandes der Allgemeinärzte, Dr. Peter Arnold, schloß sich dieser Boykottankündigung an. In einem Gespräch mit dem Sozialminister beklagten sich der Präsident der Australian Medical Association, Dr. Keith Jones, und deren Generalsekretär, Dr. George Repin, darüber, daß die Ärzteorganisation überaus kurzfristig von dem Vorhaben des Ministers informiert worden sei und daß die Kommission nicht den Auftrag hätte, bei ihrer Arbeit die bisherige Gebührenliste der Ärzteschaft zu berücksichtigen. Dieses Versäumnis hat der Sozialminister allerdings dann sofort in einem Schreiben an die Dreierkommission ausgebessert.

Der Kommission gehören ein Richter, ein Arzt und ein Wirtschaftswissenschaftler an. Der Richter, J. P. Ludeke, arbeitet zur Zeit im Arbeits- und Sozialrecht; vor zwei Jahren noch hat er als Rechtsanwalt die Australian Medical Association gegenüber der Regierung bei einer Untersuchung des ärztlichen Gebührenwesens vertreten. Der Arzt ist der emeritierte Professor F. F. Rundle, ein Chirurg und ehemaliger Dekan einer medizinischen Fakultät; der Wirtschaftswissenschaftler, Professor J. R. Wilson, hat sich in der letzten Zeit in der Hauptsache mit der Bevölkerungsentwicklung befaßt.

Die australische Ärzteschaft steht in ihrer großen Mehrheit der neuen Labour-Regierung äußerst skeptisch gegenüber. Die sehr schroffen Reaktionen aus der Ärzteschaft gegenüber dem Wahlergebnis sind dadurch erklärlich, daß eine nicht geringe Zahl von australischen Ärzten aus Großbritannien stammen und anlässlich der Einführung des staatlichen Gesundheitsdienstes in ihrem Heimatland ausgewandert waren. bt